

A1NEU (Ä1,2) Grundsätze für den Einsatz von KI-Tools in unserer politischen Arbeit

Antragsteller*in: Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 2 1. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sprechen wir uns für
3 Transparenz im Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in unserer
4 politischen Arbeit aus.
- 5 2. Wir verpflichten uns zur Überwachung und Prüfung von KI-generierten
6 Inhalten,
7 einschließlich einer sorgfältigen Faktenprüfung. Wir stellen sicher, dass
8 jegliches von uns möglicherweise produzierte KI-generierte Material vor
9 der Veröffentlichung einer menschlichen Kontrolle unterzogen wird.
- 10 3. Sofern wir KI einsetzen, machen wir dies transparent. Das gilt
11 insbesondere bei der Erstellung von Texten, Bildern oder Videos für unsere
12 Öffentlichkeitsarbeit sowie im Rahmen der Auswertung von personenbezogenen
13 Datensätzen.
- 14 4. Beim aktiven Einsatz von KI begründen wir diesen und achten darauf, dass
15 keine Vorurteile verstärkt und Menschen nicht herabgewürdigt werden.
- 16 5. Wir verpflichten uns, keine personenbezogenen und andere sensiblen
17 vertraulichen
18 Daten bei der Nutzung von KI-Tools zu verwenden.
- 19 6. Die auf Bundesebene beschlossenen Leitlinien zum Einsatz von KI im
20 Wahlkampf (<https://gruenlink.de/2rev>) setzen wir konsequent um und
21 berücksichtigen diese sinngemäß auch in unserer alltäglichen Arbeit.
- 22 7. Für Funktionsträger:Innen in unserer eigenen Partei wollen wir bei Bedarf
23 Schulungen anbieten, wie KI-Tools genutzt werden können, wo Mehrwerte liegen und
24 wie ein transparenter Umgang damit aussehen kann. So stellen wir die Einhaltung
25 der oben genannten Punkte sicher.

Begründung

Der Einsatz von KI im (politischen) Alltag kann viele Arbeitspakete vereinfachen. Durch den Einsatz von KI können jedoch auch Schwierigkeiten entstehen, für die alle Menschen, die KI einsetzen, sensibilisiert sein sollten. KI-generierte Texte, Bilder oder Videos können mit der Realität verwechselt werden. Auf diese Weise können sog. Fake News entstehen oder verstärkt werden.

Eine Version dieses Antrags in leichter Sprache findet ihr [hier](#).

Unterstützer*innen

Norbert Tretkowski (KV Schleswig-Flensburg); Michael Brandtner (KV Kiel); Michael Klinger (KV Schleswig-Flensburg); Nadine Thierbach (KV Schleswig-Flensburg); Jessica Kordouni (KV Kiel); Oliver Voigt (KV Kiel); Andreas Kißmehl (KV Lübeck); Nelly Waldeck (KV Kiel); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg)